

07/2009

2015
aktuell

21. Juli 2009

1. **G8-Gipfel beschließt Initiative zur Hungerbekämpfung**
2. **MDG-Bericht: Afrika bleibt Schlusslicht**
3. **Bundestagswahl 2009: Gib Deine Stimme gegen Armut!**
4. **Obama: Afrika braucht starke Institutionen**
5. **Papst fordert neue Weltwirtschaftsordnung**
6. **Faires und transparentes Entschuldungsverfahren gefordert**
7. **Initiativen für Klimagerechtigkeit**
8. **Konjunkturpakete geschlechtergerecht gestalten**
9. **Weltbevölkerungstag 2009**

Kurz notiert
Termine

1. G8-Gipfel beschließt Initiative zur Hungerbekämpfung

Die G8-Staaten haben bei ihrem diesjährigen Gipfel in L'Aquila angekündigt, in den kommenden drei Jahren 20 Milliarden Dollar in die Entwicklung der Landwirtschaft in Afrika zu investieren. Mit der „L'Aquila Food Security Initiative“ soll die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Nahrungsmittelhilfe und -importen verringert und die heimische Produktion angekurbelt werden. Die G8-Erklärung sieht darüber hinaus eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit vor. Damit geht die Erkenntnis einher, dass alle Staaten ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 50 Prozent reduzieren müssen. Im Gesundheitsbereich wurde die Zusage des letzten Jahres zur Bereitstellung von 60 Milliarden US-Dollar für die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose bestätigt und hierfür ein Zeitraum von 2008 bis 2012 festgelegt. Außerdem soll die Finanzierungslücke der „Education For All – Fast Track Initiative“ der Weltbank zusammen mit anderen Gebern geschlossen und eine „Africa-G8 Water and Sanitation Partnership“ ins Leben gerufen werden. Offen ist jedoch bei den

Finanzierungszusagen, ob es sich dabei um „frisches“ Geld oder um Mittel handelt, die bereits bei vorherigen Gipfeln versprochen aber nie ausgezahlt wurden. Fragen wirft auch der Verweis auf den „Whole of Country Approach“ auf, der auf einer erweiterten Definition von Entwicklungshilfegeldern beruht und auch Finanzflüsse einbezieht, die nicht direkt der Armutsbekämpfung zugute kommen. Eine Ausgestaltung dieses Ansatzes soll bis zum G8-Gipfel 2010 durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet werden.
www.g8italia2009.it/static/G8_Allegato/Chair_Summary,1.pdf

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul begrüßte die Bestätigung der finanziellen Zusagen durch die G8-Staaten und verwies darauf, dass diese Verpflichtung auch bedeutet, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit weiter gesteigert werden müssen. Es sei gut, dass die G8 zusammen mit Entwicklungs- und Schwellenländern ein besonderes Augenmerk auf die Ernährungssicherung und die Bekämpfung des Hungers in der Welt richten und dafür Mittel bereitgestellt werden sollen. Gerade in Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise müssen die Entwicklungsländer, der Ministerin zufolge, darin unterstützt werden, ihren Nahrungsmittelbedarf durch die eigene landwirtschaftliche Produktion zu decken. Darüber hinaus forderte sie mehr Kohärenz zwischen der Entwicklungs- und Agrarpolitik der Industrieländer. Die aktuellen Agrarexportsubventionen seien Unternehmenssubventionen, unter denen die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Entwicklungsländern leiden, deren Märkte zerstört werden. Ohne wirkliche Reformen in diesem Bereich könne der nachhaltige Aufbau der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern nicht gelingen.
www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juli/pm_20090708_68.html

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) warnte angesichts der Ergebnisse des diesjährigen G8-Gipfels davor, dass es ohne konkrete Zeit- und Aktionspläne bei den Absichtserklärungen bleiben werde. Erforderlich seien konkrete Vorschläge, wie die führenden Industrienationen ihre Zusagen zu mehr Entwicklungshilfe bis 2010 einlösen wollen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bezweifeln angesichts von Kürzungen bei den Entwicklungsleistungen einiger G8-Staaten, dass die Gebernationen ihre finanziellen Zusagen einhalten werden. Knappe Haushaltskassen dürften keine Ausrede für weniger Entwicklungshilfe sein, erklärte VENRO-Vorstandsvorsitzende Claudia Warning. Wiederholt nicht eingelöste Versprechungen helfen den Armen gar nichts. VENRO fordert daher einen Überwachungsmechanismus, um nicht weiter tatenlos zuzusehen, wie immer mehr Menschen in Armut gedrängt werden, ohne die Krise selbst verursacht zu haben.
www.venro.org/526.html?L=0

Die Welthungerhilfe begrüßte die Initiative der G8-Staaten zur Ernährungssicherheit, äußerte sich jedoch enttäuscht darüber, dass die Bundesregierung keine zusätzlichen Mittel für die Initiative in Aussicht gestellt hat. Entscheidend sei es nun, die Initiative zügig, glaubwürdig und nachhaltig umzusetzen. Erforderlich seien dafür vor allem frisches Geld, schnelle Nahrungsmittelhilfe für Hungernde in Notsituationen bei gleichzeitiger Stärkung der Bedürfnisse von Kleinbauern und eine nachhaltige Etablierung der Trends über die Laufzeit von drei Jahren hinweg. FIAN kritisierte Widersprüche in der G8-Strategie zur Hungerbekämpfung: Solange die G8 die Länder des Südens zur Öffnung ihrer Märkte drängen, kann die Wiederbelebung der

dortigen Landwirtschaft nicht gelingen, erklärte Ute Hausmann, Geschäftsführerin von FIAN. Das Netzwerk fordert daher mehr Transparenz und eine Überprüfung der Entwicklungshilfe der G8 auf Basis der international anerkannten Leitlinien zum Recht auf Nahrung. Problematisch sei an der Hungerbekämpfung der G8 auch, dass sich von den 13 Milliarden US-Dollar, die die G8 nach eigenen Angaben seit Januar 2008 zur Ernährungssicherung ausgegeben haben, nur vier Milliarden inhaltlich zuordnen lassen. Positiv bewertet FIAN daher die Absicht der G8, das in Rom angesiedelte Komitee für Welternährung zu reformieren und zum koordinierenden Forum für Welternährungspolitik auszubauen.

www.welthungerhilfe.de/g8-initiative.html

www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=650&Itemid=79

Germanwatch erklärte zu den Klimavereinbarungen des G8-Gipfels, dass diese einen großen Fortschritt bei der Einsicht in die wissenschaftlichen Notwendigkeiten darstellten. Die Bereitschaft, die entsprechenden Ziele, Instrumente und Finanzausgaben zu deren Umsetzung zu beschließen fehle jedoch. Das politische Ringen bis zum Klimagipfel in Kopenhagen wird, Germanwatch zufolge, nun maßgeblich darum gehen, ob kurz- und mittelfristig die notwendigen Schritte beschlossen werden, um den Klimawandel unter zwei Grad zu stabilisieren und die Menschen in den besonders verletzlichen Staaten und Regionen zu unterstützen. Der G8-Gipfel habe alles versäumt, was zur Vertrauensbildung hätte beitragen können. Zwei Milliarden US-Dollar Soforthilfe für die Anpassung an den Klimawandel für Entwicklungsländer wären das notwendige Signal gewesen, damit in Kopenhagen tatsächlich Beschlüsse über neue Größenordnungen der klimapolitischen Zusammenarbeit zustande kommen. Die G8-Staaten müssten nun auch den Mut aufbringen, um über die selbst auferlegte Messlatte zu springen.

www.germanwatch.org/presse/2009-07-09.htm

2. MDG-Bericht: Afrika bleibt Schlusslicht

Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Millenniumsziele (MDG) bis zum Jahr 2015 drohen durch die gegenwärtigen Krisen rückgängig gemacht zu werden. Dies geht aus dem aktuellen Millenniumsentwicklungsbericht der Vereinten Nationen (UN) hervor, den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 6. Juli in Genf vorstellte. Auch wenn der Bericht auf Daten beruht, die vor dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erhoben worden sind, deuten sich die dramatischen Folgen der Krise darin schon an: Die Zahl der Armen steigt dieses Jahr voraussichtlich um 55 bis 90 Millionen Menschen, über eine Milliarde sind unterernährt und hungern. Den größten Erfolg bei der Armutsbekämpfung gab es in den Entwicklungsländern Ostasiens, darunter China. Dort konnte die Armutsrate zwischen 1990 und 2005 von 60 auf 16 Prozent gesenkt werden. Ganz anders sieht das Bild in Subsahara-Afrika aus, wo sich der Anteil der Armen im gleichen Zeitraum um nur sechs Prozent reduziert hat. Während Fortschritte sich in gestiegenen Einschulungs- und gesunkenen Sterberaten von Kindern zeigen, hat sich die Zahl der Frauen, die während oder kurz nach einer Geburt sterben, seit 1990 kaum verändert. Der Bericht fordert daher strukturelle Veränderungen und klare politische Verpflichtungen zur Finanzierung von Entwicklung. Als Ursachen für die dramatische Entwicklung der Armutssituation identifiziert die UN zurückgehendes Wirtschaftswachstum, geringere Handelsmöglichkeiten für Entwicklungsländer und einen absehbaren Rückgang der Entwicklungshilfeszahlungen.

www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202009%20ENG.pdf

3. Bundestagswahl 2009: Gib Deine Stimme gegen Armut!

In Vorbereitung auf die Bundestagswahl haben VENRO und die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ die entwicklungspolitischen Positionen der Parteien analysiert und diese mit einem „Wahlhelfer“ transparent gemacht. Die Initiative soll den Benutzern als Orientierungshilfe zur Bundestagswahl dienen und ermöglicht es, durch die Beantwortung von zehn entwicklungspolitisch relevanten Thesen, die eigenen Positionen mit den Programmen der Parteien zu vergleichen. Grundlage für das Online-Tool ist die Studie „Sie haben die Wahl!“. Die Analyse der Parteiprogramme zeigt auf, dass die Parteien in vielen Punkten, wie der Schwerpunktsetzung auf Armutsbekämpfung und die MDG, mit zivilgesellschaftlichen Positionen übereinstimmen, in deren konkreter Umsetzung jedoch davon abweichen, da sie keine konkreten Aktions- oder Zeitpläne enthalten. VENRO fordert daher von den Parteien ein klares Bekenntnis zu den MDG sowie den entsprechenden Finanzierungszielen, die sich insbesondere auf die Sicherung von Ernährung, Bildung und den Ausbau des Gesundheitswesens in Entwicklungsländern auswirken müssen. Gesichert werden muss außerdem entwicklungspolitische Kohärenz der unterschiedlichen Politikbereiche sowie Gleichberechtigung von Entwicklungsländern bei der Lösung globaler Probleme, wie der Weltwirtschaftskrise. Darüber hinaus soll Deutschland nach der Wahl Agrarexportsubventionen abschaffen und entschlossen gegen den Klimawandel angehen.

www.deine-stimme-gegen-armut.de/start.html

4. Obama: Afrika braucht starke Institutionen

US-Präsident Barack Obama zufolge ist gute Regierungsführung eine Grundvoraussetzung für Entwicklung in Afrika und soll deshalb auch in der amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika stärker berücksichtigt werden. Während einer Rede vor dem ghanaischen Parlament in Accra erläuterte Obama die Grundzüge seiner Afrikapolitik und appellierte dabei vor allem an die Eigenverantwortung der Afrikanerinnen und Afrikaner, Korruption und Despotismus zu bekämpfen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kontinent brauche keine starken Führer, sondern starke und unabhängige Institutionen. Starke Parlamente, eine unabhängige Justiz und Presse sowie eine dynamische Wirtschaft und Zivilgesellschaft seien Grundvoraussetzungen einer lebendigen Demokratie und gäben den Menschen Sicherheit. Wichtig für die Entwicklung des Kontinents sei, dass die Staaten ihre Einnahmen sinnvoll ausgeben und damit die Chancen der Menschen auf Selbstverwirklichung vergrößern. Die Geschichte zeige, so Obama, dass Staaten aufblühen, wenn verantwortungsvoll in Bildung und Infrastruktur investiert wird. Allerdings seien auch die Industrieländer in der Verantwortung, ihre Märkte für afrikanische Produkte zu öffnen und besonders von den Folgen des Klimawandels betroffene Länder durch den Transfer von geeigneten Technologien und Know-how zu unterstützen. Außerdem gelte es, die öffentliche Gesundheitsfürsorge in Afrika zu stärken und sich mehr für die Beilegung gewaltsamer Konflikte zu engagieren. Gleichzeitig begrüßte er den Aufbau einer eigenständigen regionalen Sicherheitsarchitektur Afrikas. Laut Obama besteht auf internationaler Ebene die Notwendigkeit eines Systems, das die universellen Menschenrechte respektiert und Menschenrechtsverletzungen effektiv sanktioniert.

www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-to-the-Ghanaian-Parliament/

Als Bestätigung und Unterstützung ihrer entwicklungspolitischen Linie bezeichnete Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul Obamas Rede in Accra. Der Präsident habe gezeigt, was moderne Entwicklungspolitik beinhalte: Die Stärkung verantwortlicher Regierungsführung, die Unterstützung der Zivilgesellschaft, sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer. Deutschland orientiere sich seit Jahren an diesen Grundsätzen, so Wieczorek-Zeul.
www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juli/pm_20090713_69.html

5. Papst fordert neue Weltwirtschaftsordnung

Einen Tag vor Beginn des G8-Gipfels in L'Aquila mahnte Papst Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika „**Caritas in Veritate**“, Ethik, Würde und das Streben nach Allgemeinwohl zur Grundlage der globalisierten Wirtschaft zu machen und forderte den Aufbau „einer echten politischen Weltautorität“. In der dritten Enzyklika seines Pontifikats schreibt der Papst, dass eine menschenfreundliche Ethik dem ungezügelten Wachstum, das in den vergangenen Jahren beispiellose Probleme wie Umweltverschmutzung und Migrationsströme verursacht habe, Grenzen setzen muss. Zudem müssten reiche Länder ihren Energieverbrauch verringern, um der Ausbeutung nicht-erneuerbarer Ressourcen Einhalt zu gebieten. Bei einer kulturellen und ethischen Neugestaltung der Wirtschaft sei es außerdem von Bedeutung, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken und eine würdige Beschäftigung zu garantieren. Die Enzyklika appelliert darüber hinaus an die Industrienationen, im Kampf gegen den Hunger die Entwicklungshilfe aufzustocken. Davon hängen dem Papst zufolge Friede und Sicherheit ab. Die Entwicklungsländer bedürften außerdem einer schrittweisen Eingliederung ihrer Produkte in den Weltmarkt damit sie voll am internationalen Wirtschaftsleben teilnehmen können. Weiterhin schlägt Benedikt XVI. vor, Entwicklungshilfe auf dem Prinzip der steuerlichen Subsidiarität aufzubauen, das es den Steuerzahlern ermöglichen soll, über den Verwendungszweck von Anteilen ihrer dem Staat erbrachten Steuergelder selbst zu entscheiden.

www.dbk.de/imperia/md/content/pressemitteilungen/2009-1/2009-089a_caritas_in_veritate-dt.pdf

MISEREOR wertete die Aussagen des Papstes als wertvolle Unterstützung für die eigenen Aufgaben. In einer globalen menschlichen Gesellschaft müssen auch die Armen einen Platz haben, wenn nicht Stabilität, Frieden und Demokratie gefährdet werden sollen, sagte Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks. Die Enzyklika stelle die für Misereor entscheidenden Dimensionen echter menschlicher Entwicklung heraus: Gerechtigkeit als Anerkennung der Würde aller Menschen und darüber hinaus unentgeltliche Solidarität als Ausdruck der Dankbarkeit für das Geschenk des Lebens, so Sayer. Angesichts der Krise sei es notwendig, den Aufruf des Papstes aufzugreifen und das gängige Entwicklungsmodell einer Revision zu unterziehen.

www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/gerechtigkeit-und-solidaritaet-als-saeulen-echter-menschlicher-entwicklung.html

Auch das internationale Netzwerk der katholischen Entwicklungsdienste, CIDSE, begrüßt die Sozialenzyklika des Papstes. Sie sei ein starkes Signal dafür, dass die Wirtschaft kein Prozess sein darf, der unabhängig von Moral und politischen Rahmenbedingungen verläuft. Ebenso befürwortet CIDSE die Schaffung einer

politischen Weltautorität, da diese die Stimme der ärmeren Länder in der internationalen Politik nachhaltig stärken würde. „Der politische Führungsstil in der aktuellen Krise lässt zu wünschen übrig“, so CIDSE Generalsekretär Bernd Nilles. „Es ist Zeit für echte Reformen und Solidarität im Kampf gegen die Armut in der Welt.“

www.cidse.org/PressMedia/?id=1287

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac bewertete die Äußerungen des Papstes wegen seines positiven Bezugs auf den Markt angesichts weltweiter struktureller Ungleichheiten als hilflos. Der römisch-katholischen Kirche sei der Blick auf notwendige Korrekturen ungerechter wirtschaftlicher Strukturen abhanden gekommen. Wer nicht weite Bereiche der sozialen Sicherung dem Markt und seiner Konkurrenz entzieht, wird trotz aller Appelle an die Moral der Wirtschaftssubjekte eine gerechte und liebende Gesellschaft verfehlen, erklärte Werner Rätz, Attac-Vertreter im Vorbereitungskreis für den ökumenischen Kirchtag 2010.

www.attac.de/aktuell/presse/detailsicht/datum/2009/07/07/sozialenzyklika-des-papstes-hilfloser-appell-an-moral/?cHash=0b49e8581a

6. Faires und transparentes Entschuldungsverfahren gefordert

Im Juni 1999 haben die Staats- und Regierungschefs der G8 in Köln beschlossen, den ärmsten Entwicklungsländern den größten Teil ihrer Schulden zu erlassen. Zehn Jahre nach der Kölner Entschuldungsinitiative zieht eine Studie von erlassjahr.de und Südwind im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Zwischenbilanz und analysiert die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die so genannten „Heavily Indebted Poor Countries“ (HIPC). Die Studie kommt zu dem Schluss, dass keines der Länder die aktuelle Krise ohne einen Anstieg der Schuldenquote überstehen wird. Wenigstens zehn Länder sind in der akuten Gefahr, sich erneut untragbar zu verschulden. Die meisten der untersuchten Länder seien immer noch sehr anfällig für externe Schocks. Nur einige wenige hätten es geschafft, ihre Widerstandsfähigkeit durch eine Diversifizierung der heimischen Wirtschaft in den Boomjahren 2001 bis 2007 zu erhöhen, so der Bericht. Ebenso konnten hohe Rohstoffpreise in den vergangenen Jahren keinen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation vieler Länder leisten. Darüber hinaus seien die Entlastungen im Rahmen der bisherigen Entschuldungsinitiativen nicht für alle begünstigten Länder ausreichend gewesen. Reformbedarf sehen die Autoren insbesondere hinsichtlich eines effizienteren Krisenmanagements und klarerer Wege und Prozesse im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, unabhängig davon, ob diese Folge der Finanzkrise oder unzureichender Entschuldung sind. Kurzfristig sei es notwendig, umgehend ein unabhängiges, multilateral überwacht Schuldenmoratorium gegenüber allen Gläubigern einzusetzen. Langfristig plädiert die Studie für ein internationales Insolvenzverfahren, dass die Machtungleichheit zwischen Schuldner und Gläubiger neutralisiert. Um einen Rückfall in die Verschuldungsspirale zu verhindern, muss es den von der Finanzkrise hart getroffenen Ländern zügig ermöglicht werden, in ein transparentes und unparteiisches Schiedsverfahren einzusteigen.

www.erlassjahr.de/dev/cms/upload/2009/koeln/FES_Dialogue.pdf

7. Initiativen für Klimagerechtigkeit

Unter dem Titel „**Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung in Zeiten des Klimawandels**“ hat der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) am 14. Juli eine Denkschrift zu den Herausforderungen des Klimawandels präsentiert. Darin beklagt der Rat, dass die Erderwärmung die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern werde. Die Armen in den Entwicklungsländern sind diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, aber am härtesten davon getroffen werden. Die Denkschrift will dazu beitragen, wirtschaftliche Interessen, grundlegende Bedürfnisse von Menschen, die Rechte zukünftiger Generationen und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen miteinander in Einklang zu bringen. Mit Blick auf die Verhandlungen für den Klimaschutz im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels im Dezember 2009, fordert der Text die Industrieländer auf, anspruchsvolle quantifizierbare Ziele für 2020 zu formulieren. Außerdem bräuchten die Entwicklungsländer klare Zusagen zur Finanzierung ihrer Kosten für den Klimaschutz. Kern einer gerechten Klimapolitik sei es, die Lasten des Klimaschutzes und der Anpassung an die kommenden Veränderungen nach der unterschiedlichen Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern zu verteilen. Ziel muss sein, den wissenschaftlich angenommenen Grenzwert von maximal zwei Grad globaler Erwärmung nicht zu überschreiten. Es geht um das Überleben vieler und ein würdiges Leben aller Menschen, so der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber. Um dies zu sichern, sei eine grundlegende Veränderung in den Konsummustern und im Lebensstil nötig. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise sollte nicht im Sinne eines bloßen Krisenmanagements bearbeitet werden, sondern für eine ökologische Umsteuerung der Ökonomie genutzt werden, heißt es in der Denkschrift.

www.ekd.de/download/klimawandel.pdf

Auch VENRO hat sich in dem Positionspapier „**Anforderungen an eine gerechte und nachhaltige Klimapolitik**“ mit den Folgen des Klimawandels aus entwicklungspolitischer Sicht auseinandergesetzt. Darin weist der Verband darauf hin, dass von den Folgen des Klimawandels vor allem diejenigen betroffen sind, die am wenigsten Verantwortung für die globale Erwärmung tragen. Als Hauptverursacher des Klimawandels müssten die Länder des Nordens eine Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen und ihre Treibhausgasemissionen entsprechend der Berechnungen des Weltklimarats bis 2020 um 25 bis 40 Prozent, ausgehend vom Niveau von 1990, verringern. Gleichzeitig müssen sie die Entwicklungs- und Schwellenländer sowohl bei der Emissionsvermeidung als auch bei der Anpassung an den Klimawandel technologisch und finanziell unterstützen. In den Entwicklungsländern sind Armut und schlechte Regierungsführung die Hauptfaktoren für die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels. Die Armen müssen deshalb einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsvorsorge bekommen und verstärkt an den politischen Prozessen teilhaben. Klassische Bereiche der Entwicklungspolitik, wie Ernährungssicherung, Friedensförderung und Ressourcenmanagement können, VENRO zufolge, wirksame Beiträge leisten, um die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Länder des Südens sind jedoch auch auf den Zugang zu klimafreundlichen und erschwinglichen Technologien angewiesen, so dass die Industrieländer verstärkte Technologiekooperationen und -transfers ermöglichen müssen. Außerdem sollten erneuerbare Energiequellen gefördert werden. VENRO fordert schließlich, dass die Finanzierung der Anpassung von Entwicklungsländern an den Klimawandel zusätzlich zu den zugesagten

Entwicklungshilfemitteln in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erfolgen muss, da es sich nicht um Hilfen handelt, sondern um einen Ausgleich für Schäden, die hauptsächlich von den Industrienationen verursacht wurden.

http://venro.org/fileadmin/Publikationen/venro_PP_klimaw04.pdf

Der Klimawandel hat unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen, die in Mechanismen zur Klimafinanzierung stärker berücksichtigt werden müssen. Dies ist die Schlussfolgerung einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung, die unter dem Titel **„Gender and Climate Finance: Double Mainstreaming for Sustainable Development“** die geschlechtsspezifischen Implikationen von Klimafonds und Finanzierungsmechanismen zur Anpassung an den Klimawandel analysiert. In den letzten Jahren sind Dutzende neuer Instrumente für die Klimafinanzierung entwickelt worden, an denen eine Vielzahl von Akteuren beteiligt sind, ohne dass darin bisher die Gender-Perspektive berücksichtigt wurde. Zentral sei es deshalb, die Diskussionen, die derzeit um die Verbindung zwischen Entwicklung, Armutsbekämpfung und Klimagerechtigkeit geführt werden, von vorneherein um die Gender-Dimension zu erweitern. Neu konzipierte Klimafonds und konkrete Projektfinanzierung müssten auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Potentiale von Frauen und Männern abgestimmt werden, um eine höhere Effektivität der Programme zu erreichen. Gender-Richtlinien und Kriterien müssen integraler Bestandteil von Arbeitsprozessen und Projektskizzen sein und nicht als Fußnote behandelt werden. Zentraler Bestandteil einer geschlechtergerechten Ausgestaltung der internationalen Klimafinanzierung ist jedoch, dem Bericht zufolge, der politische Wille, Gender-Interessen auf allen Ebenen ernsthaft in den Kampf gegen den Klimawandel einzubeziehen.

www.boell.org/docs/DoubleMainstreaming_Final.pdf

8. Konjunkturpakete geschlechtergerecht gestalten

Konjunkturpakete sollten nicht nur als kurzfristige Antwort auf die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise sondern vielmehr als Entwicklungsinstrument genutzt werden, um damit Umverteilung, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung zu erreichen. Dies setzt die Berücksichtigung von Gender-Aspekten auf allen politischen und ökonomischen Ebenen voraus. Zu diesem Schluss kommt das Arbeitspapier **„Making Economic Stimulus Packages Work For Women and Gender Equality“**, in dem UNIFEM, der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, anhand von zehn ausgewählten asiatischen Staaten, darunter China und Indien, aktuelle Konjunkturpakete untersucht. UNIFEM betont darin die besonders gravierenden Auswirkungen, die die gegenwärtige Krise auf Frauen hat, da diese einen Großteil der niedrig qualifizierten, prekären und schlecht entlohnten Arbeitskräfte in den untersuchten Ländern ausmachen und auch von zurückgehenden Migrationsbewegungen betroffen sind. Zusammen mit sinkenden Mikrokreditvergaben und zurückgehenden Sozialausgaben führen diese Faktoren zu verheerenden Folgen der Krise für Frauen. Gleichzeitig bieten Konjunkturpakete jedoch die Chance, große Erfolge für Armutsbekämpfung und Entwicklung zu erzielen, wenn sie gendersensibel ausgestaltet werden. Wichtig ist es dabei, UNIFEM zufolge, dass die Gender-Perspektive nicht auf den Bereich der sozialen Sicherheit sowie Bildung und Gesundheit beschränkt bleibt, sondern auch makroökonomische Rahmenbedingungen darauf ausgerichtet werden, Geschlechtergerechtigkeit und Umverteilung zu erzielen.

www.unifem.org/attachments/events/UNIFEM_Working_Paper_Making_Economic_Stimulus_Packages_Work_for_Women.pdf

Die „Women`s Working Group on Financing for Development“ hatte im Vorfeld der UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Juni rechtsbasierte Antworten auf die gegenwärtigen Krisen gefordert. Unter dem Titel **„Time to Act: Women Cannot Wait“** forderte das Netzwerk zivilgesellschaftlicher Frauenrechtsorganisationen eine neue Führungsrolle der Vereinten Nationen unter Einbeziehung von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit sowie eine unmittelbare Reform der globalen Finanzarchitektur, die sicher stellt, dass die Anpassungskosten der Krise nicht zulasten der „care economy“ gehen.

www.awid.org/eng/content/download/52845/587648/file/WWG%20statement%20june09%20final2nd.pdf

9. Weltbevölkerungstag 2009

Zum Weltbevölkerungstag am 11. Juli 2009 hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Entscheidungsträgerinnen und -träger dazu aufgerufen, sich verstärkt für die Rechte von Frauen und Mädchen einzusetzen, da dies der effektivste Weg sei, die MDG zu erreichen. Investitionen in die Gesundheit von Frauen, besonders in reproduktive Gesundheit, würden nicht nur das Leben einer halben Million Mütter sichern, sondern auch 15 Milliarden US-Dollar an Produktivität freisetzen. Prognosen der Vereinten Nationen zufolge werden in zwei Jahren über sieben Milliarden Menschen auf der Welt leben, bis 2050 soll die Weltbevölkerung bereits 9,1 Milliarden betragen. Insgesamt verlaufe das Wachstum aber langsamer als in den vergangenen Jahrzehnten und je nach Kontinent sehr unterschiedlich. Während für Europa schrumpfende Bevölkerungszahlen erwartet werden, wird die Bevölkerung Afrikas, den Schätzungen zufolge, am stärksten wachsen und sich zwischen 2010 und 2050 von 1,03 Milliarden auf zwei Milliarden fast verdoppeln. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung wird demnach von 15 Prozent auf ungefähr 22 Prozent steigen. In Indien und China werden im Jahr 2050 rund drei Milliarden Menschen leben. Insgesamt wird die Zahl der Menschen, die in den heutigen Entwicklungsländern leben, bis zum Jahr 2050 um 2,3 Milliarden auf voraussichtlich 7,9 Milliarden Menschen wachsen.

www.unfpa.org/public/News/pid/3063

www.un.org/esa/population/publications/wpp2008/pressrelease.pdf

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) verwies zum Weltbevölkerungstag darauf, dass die Entwicklungsländer die Hauptlast dieser rasanten Bevölkerungszunahme zu tragen haben. In Folge dieser Entwicklungen würde sich der Druck auf die Gesundheits- und Bildungssysteme sowie auf die ohnehin schon angespannte Ernährungslage erheblich erhöhen. Eine zentrale Ursache für das anhaltende Bevölkerungswachstum sei der fehlende Zugang zu Familienplanung, insbesondere zu modernen Verhütungsmitteln, so DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr. Wenn Armut und Hunger bekämpft werden sollen, müssten laut Bähr, Familienplanung, Aufklärung und Gesundheitsfürsorge für Frauen stärker gefördert werden. Gerade in Krisenzeiten sei die Förderung von Frauen auch ökonomisch sinnvoll. „Jeder Euro der in Familienplanung investiert wird, spart bis zu 31 Euro für die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Abwassersysteme und Wohnraum“, erklärte Bähr.

www.dsw-online.de/presse/presseinformationen129.shtml?navanchor=1010032

Anlässlich des Weltbevölkerungstags erinnerte Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul an die Bedeutung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen. Weltweit würde jede Minute eine Frau bei der Geburt ihres Kindes oder an den Folgen der Schwangerschaft sterben. Dies sei Ausdruck der immer noch massiven Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen, so Wieczorek-Zeul. Deshalb sei es wichtig, dass Frauen selbstbestimmte Entscheidungen darüber treffen können, ob und wann sie Kinder haben möchten. Jeder Mensch habe ein Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und dieses Recht müsse durch die Industrie- und Entwicklungsländer in Form von Investitionen in den Gesundheitssektor sichergestellt werden, so die Ministerin.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juli/pm_20090708_67.html

Kurz notiert:

Der neue **WEED-Blog** zu Themen rund um Umwelt, Ressourcen, Klima und Gerechtigkeit will die Schattenseiten des aktuellen Öko-Hypes ausleuchten. In zwei Beiträgen pro Monat kommentiert WEED aktuelle Nachrichten, deckt Hintergründe auf und schaut der Agenda von Politikern und Konzernen auf die Finger.

<http://umweltgerechtigkeit.wordpress.com/>

Die Nichtregierungsorganisation „The Advocates for Human Rights“ hat mit Unterstützung von UNIFEM die Website „**Stop Violence Against Women**“ gestartet. Die Seite soll als Forum für Informationen, Interessenvertretung und Veränderung dienen und wurde zur Stärkung von Frauenrechten in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion konzipiert.

www.stopvaw.org/Stop_Violence_Against_Women.html

Ein aktuelles Länderprofil zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an Strategien der Armutsbekämpfung in der **Zentralafrikanischen Republik** steht auf der VENRO-Webseite www.prsp-watch.de bereit. Es bietet neben Informationen zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei der Erstellung und Umsetzung des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung einen Serviceteil mit Links und weiteren Informationen.

www.prsp-watch.de/laenderprofile/zentral-afrikanische-republik.pdf

Afrikanische Einzelpersonen und Organisationen können sich ab sofort bis zum 21. August für den **ONE Africa Award** bewerben. Der mit bis zu 100.000 US-Dollar dotierte Preis ist dazu gedacht, diejenigen in Afrika auszuzeichnen, die sich vorbildlich im Kampf gegen extreme Armut und für die MDG einsetzen.

www.one.org/international/africaaward/

Termine

25. bis 26. August 2009, Hannover, Brot für die Welt, VEN, Stiftung Leben & Umwelt und andere

Frauen stärken. Klima wandeln. Anfragen an eine zukunftsfähige Klimapolitik
Internationale Konferenz

Weitere Informationen unter: www.vennds.de/images/ven/projekte/frauen_klima/downloads/konferenz_web.pdf

27. bis 28. August 2009, Bonn, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, DIE, VENRO, KfW

Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Regionen und Kommunen

2. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik

Weitere Informationen unter: www.bonn-conference.nrw.de/

25. und 26. September 2009, Amersbeck (Nähe Hamburg), Difäm, EED

Klimawandel und Gesundheit

Zusammenhänge, Trends und Handlungsfelder

Tagung

Weitere Informationen unter: [www.haus-am-](http://www.haus-am-schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/03_klimawandel.php)

[schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/03_klimawandel.php](http://www.haus-am-schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/03_klimawandel.php)

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Henrik Wiegelmann

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung